

Allgemeine Geschäftsbedingungen der Arbeitsinitiative Hohenlohekreis gemeinnützige GmbH

Die Arbeitsinitiative Hohenlohekreis gemeinnützige GmbH im folgenden AIH genannt ist Arbeitgeber des Leiharbeitnehmers.

1. Geltung

Wir liefern ausschließlich zu den nachstehenden Bedingungen, soweit nicht ausdrücklich Abweichendes vereinbart wird. Die Bezugnahme des Auftraggebers oder Entleiher auf seine Geschäftsbedingungen führt nicht zu deren Geltung, auch wenn wir den Geschäftsbedingungen nicht widersprechen. Unsere Bedingungen gelten auch für später abgeschlossene Geschäfte zwischen uns und dem Auftraggeber, selbst wenn im Einzelfall auf diese Bedingungen nicht ausdrücklich Bezug genommen worden ist.

2. Vertragsschluss

Unsere Angebote sind stets freibleibend. Unsere Außendienstmitarbeiter haben keine Abschlussvollmacht. Aufträge gelten erst dann als angenommen, wenn sie von der Hauptverwaltung schriftlich oder fernschriftlich bestätigt sind. Als Bestätigung gilt insbesondere der Zugang des Leiharbeitnehmers oder von Lieferschein / Auftragsbestätigung beim Auftraggeber. Mündliche Nebenabreden, Vertragsergänzungen oder Vertragsänderungen bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit unserer schriftlichen Bestätigung.

3. Rechte und Pflichten der AIH

1. Auf Grund des nichtgewerblichen Arbeitnehmerüberlassungsvertrages versucht die AIH, arbeitsbereite und geeignete Leiharbeitnehmer zum Zweck der Arbeitsleistung zu überlassen.

2. Die AIH versichert dem Entleiher, die ordnungsgemäße Auswahl der Leiharbeitnehmer in Bezug auf Eignung und Fähigkeit im Hinblick auf den vom Entleiher verfolgten Zweck - wie im Vertrag schriftlich festgehalten - mit der ihr obliegenden Sorgfaltspflicht getroffen zu haben, oder beteiligt den Entleiher bei der Personalauswahl.

3. Die AIH versichert dem Entleiher, daß die überlassenen Leiharbeitnehmer vertraglich zur Geheimhaltung aller geschäftlichen Angelegenheiten des Entleihers verpflichtet sind.

4. Die AIH hat das Recht, überlassene Leiharbeitnehmer abzuwerfen und durch andere gleichwertige zu ersetzen.

5. Im Falle der Kündigung oder eines anderweitigen Ausscheidens des Leiharbeitnehmers ist die AIH gGmbH nicht zur Ersatzstellung verpflichtet, aber gerne dazu bereit.

4. Rechte und Pflichten des Entleihers

1. Der Entleiher verpflichtet sich die ihm überlassenen Leiharbeitnehmer nur für die im Arbeitnehmerüberlassungsvertrag schriftlich festgelegten Arbeiten einzusetzen. Dies gilt auch für Vereinbarungen über Zeit, Dauer und Ort des Einsatzes. Änderungen des Vertrages können nur mit der AIH, nicht jedoch mit dem Leiharbeitnehmer vereinbart werden.

2. Dem Entleiher obliegt es, die für die unmittelbare Tätigkeit des Leiharbeitnehmers im Betrieb des Entleihers erforderlichen Weisungen zu erteilen, sowie die Aufsicht über den Leiharbeitnehmer zu führen.

3. Sollte ein entsandter Mitarbeiter beim Entleiher nicht erscheinen, hat der Entleiher dieses binnen 2 Stunden der AIH zu melden.

4. Der Entleiher ist verpflichtet, die für die ordnungsgemäße Auswahl der Leiharbeitnehmer erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

5. Der Entleiher versichert, daß er die Vorschriften über den Arbeitsschutz einhält. Der Entleiher ist verpflichtet, durch Information und die Bereitstellung von ordnungsgemäßen Gerätschaften den Leiharbeitnehmer vor Gefahren für Leben und Gesundheit zu schützen (§ 618 BGB).

6. Der Entleiher verpflichtet sich, auf Verlangen der AIH ein Teilzeugnis über die Tätigkeit des Leiharbeitnehmers zu erteilen.

7a. Sollte trotz sorgfältiger Auswahl durch die AIH ein Leiharbeiter als ungeeignet für die vertraglich festgelegte Arbeit herausstellen, ist der Entleiher verpflichtet dieses unverzüglich der AIH mitzuteilen.

7b. Erfolgt die Anzeige bei der AIH innerhalb der ersten 4 Stunden des Arbeitseinsatzes und verlangt der Entleiher innerhalb der angegebenen Zeit, daß der Leiharbeitnehmer ausgetauscht wird, so werden die Stunden bis zur Meldung nicht berechnet. Haftungsansprüche können daraus nicht hergeleitet werden.

8. Bei einem Einsatz des Leiharbeitnehmers im Ausland obliegt es dem Entleiher, evtl. erforderliche behördliche Genehmigungen, insbesondere Aufenthalts- und Arbeitslaubnis zu beschaffen.

9. Im Fall eines Arbeitsunfalles hat der Entleiher unbeschadet der gem. § 1553 Abs. 4 RVO obliegende Meldepflicht die AIH unverzüglich zu benachrichtigen.

10. Der Entleiher verpflichtet sich, den Zeitnachweis des Leiharbeitnehmers auch mit Zustimmung des Leiharbeitnehmers zu führen.

11. Kommt die AIH mit Leistungen in Verzug, so kann der Auftraggeber vom Vertrag zurücktreten, wenn er uns eine für die Leistungserfüllung angemessene Nachfrist setzt und wir die Frist fruchtlos verstreichen lassen. Weitergehende Ansprüche wegen Verzugs, insbesondere Schadensersatzansprüche sind ausgeschlossen, soweit wir den Verzug nicht vorsätzlich herbeigeführt haben.

12. Der Entleiher stellt einen witterungsunabhängigen Arbeitsplatz sicher. Bei Schlechtwetter ist eine fristlose Kündigung nicht möglich.

5. Arbeitszeiten und Zuschläge

Nachtarbeit ist die in der Zeit zwischen 20:00 - 6:00 Uhr geleistete Arbeit. Für geleistete Überstunden, die auf den gesamten Monat berechnet werden, für Samstagstunden und für Nachtarbeitsstunden (von 20:00 Uhr bis 06:00 Uhr) erhebt die AIH einen Nettzuschlag von jeweils 30% auf den vereinbarten Stundensatz.

Sonntags- und Feiertagsarbeit ist grundsätzlich nicht vorgesehen. Sollte sie dennoch anfallen sorgt der Entleiher für die Rechtmäßigkeit dieser Arbeit. Der Zuschlag für Sonntags- und Feiertagsarbeit beträgt 100 %, bei hohen Feiertagen 150 % des vereinbarten Stundensatzes.

6. Haftung

Die AIH haftet dem Entleiher nach folgenden Bestimmungen:

1. Wichtige Hauptpflichten der AIH gegenüber dem Entleiher im Sinne dieser AGB sind:

a. die Auswahl des zu entsendenden Arbeitnehmers in Bezug auf die für die zu leistende Arbeit objektive Eignung,

b. die Überlassung des Arbeitnehmers an den Entleiher zur festgelegten Zeit am festgelegten Ort, sofern der Entleiher in Erwartung der Überlassung eigene Leistungsverpflichtungen gegenüber Dritten eingeht, aus denen ihm die Verpflichtung zum Schadenersatz droht und er diese der AIH vor Vertragsschluss anzeigt.

2a. Die Haftung für von der AIH schuldhaft verursachten Schäden, die durch die Verletzung von wichtigen Hauptpflichten entstanden sind, wird auf den Ersatz des typischen vorhersehbaren Schadens begrenzt. Eine Haftung für untypischen Schäden wird ausgeschlossen.

2b. Sollte sich herausstellen, daß von der AIH ein ungeeigneter Leiharbeitnehmer überlassen wurde, ist der Entleiher verpflichtet, dieses der AIH unverzüglich mitzuteilen, um der AIH die Möglichkeit zu geben, den Leiharbeitnehmer auszutauschen und einen möglicherweise entstehenden Schaden auszuschließen oder so gering wie möglich zu halten. Sollte der Entleiher dieser Verpflichtung nicht nachkommen, ist der Ersatz von Schäden, der nach der Feststellung der Ungeeignetheit entsteht, ausgeschlossen.

3. Außerhalb wichtiger Hauptpflichten haftet die AIH für durch eigenes grobes Verschulden oder durch grobes Verschulden ihrer Erfüllungsgehilfen entstandenen Schäden nur in Höhe des typischen voraussehbaren Schadens. Eine Haftung für weitere Schäden wird ausgeschlossen.

4. Für die fahrlässige Verletzung von vertraglichen Nebenpflichten haftet die AIH nicht.

5. Sollte die AIH auf Grund leichter Fahrlässigkeit in Verzug geraten oder die Überlassung des Leiharbeitnehmers auf Grund leichter Fahrlässigkeit der AIH unmöglich werden, haftet die AIH nicht, es sei denn, es würde eine wichtige Hauptpflicht verletzt.

6. Für Schäden, die bei vertragswidriger Beschäftigung des Leiharbeitnehmers entstehen, haftet die AIH nicht.

7. Die AIH haftet bei vom Leiharbeitnehmer schuldhaft verursachten Sach- und Personenschäden nur aus Auswahlverschulden. Es wird darauf hingewiesen, daß den Entleiher die Aufsichtspflicht trifft.

8. Diese Haftungsbestimmungen gelten auch für außervertragliche Haftungsansprüche.

9. Liefertermine und Lieferfristen - auch fest vereinbarte - gelten stets nur vorbehaltlich unvorhergesehener Hindernisse, die außerhalb unseres Willens oder des Willens unserer Leiharbeitnehmer, Erfüllungsgehilfen oder Unterlieferanten liegen, wie z. B. Streik, Betriebsstörung, Schwierigkeiten in der Beschaffung, Störungen im Transportwesen sowie das Fehlen behördlicher oder sonstiger für die Ausführung des Auftrages erforderlicher Genehmigungen Dritter und ähnliche Ereignisse. Während der Dauer der Einwirkung eines dieser Ereignisse, sowie während einer angemessenen Frist nach dem Ende der Einwirkung können wir weder in Verzug geraten, noch uns im Verzug befinden.

10. Sofern unvorhergesehene Ereignisse im Sinne der vorstehenden Ziffer (9) den Inhalt der Leistung erheblich verändern oder auf unseren Betrieb erheblich einwirken, steht uns das Recht zu vom Vertrag zurückzutreten. Dem Auftraggeber stehen in diesem Fall nur Rückgewähransprüche zu; darüber hinausgehende Ansprüche, insbesondere Schadensersatzansprüche sind ausgeschlossen.

11. Der Entleiher verzichtet gegenüber dem Leiharbeitnehmer auf Schadensersatzansprüche im Zusammenhang mit der vereinbarten Tätigkeit, soweit der Schaden nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht worden ist.

7. Zahlungsbedingungen

1. Rechnungen werden wöchentlich oder monatlich erstellt auf der Grundlage der vom Entleiher und Leiharbeitnehmer geführten Zeitnachweise. Der Leiharbeitnehmer ist zum Inkasso nicht berechtigt.

2. Unsere Rechnungen sind wie folgt zahlbar: Innerhalb von 10 Tagen netto, jeweils nach Rechnungsausstellung.

3. Im Zeitpunkt der Nettofälligkeit gem. vorstehender Ziffer (2) tritt ohne Mahnung Zahlungsverzug ein.

4. Wir berechnen für jede Mahnung 10,- € Bearbeitungsgebühr.

5. Die Annahme von Wechseln und Schecks erfolgt nur zahlungshalber; die Kosten der Diskontierung und der Einziehung trägt der Auftraggeber.

Eine fällige Forderung ist vom Auftraggeber mit 3 % über dem jeweiligen Basiszinssatz der Deutschen Bundesbank zu verzinsen. Das gleiche für die Zeit der Stundung. Im Falle des Verzugs des Auftraggebers bleibt die Geltendmachung des weiteren Verzugsschadens vorbehalten.

6. Bei Umstellung auf die Währung „Euro“ erfolgt die Umrechnung der Rechnungsbeträge, Gebühren und Zinsen entsprechend dem gesetzlich festgelegten Umrechnungsfaktor.

8. Kündigung

Ist der Arbeitnehmerüberlassungsvertrag langfristig (3-12 Monate Dauer) geschlossen worden, so ist er wie folgt schriftlich zu kündigen: Innerhalb der ersten 5 Arbeitstage eines Monats zum Ende des gleichen Monats. Eine Kündigung ist nur wirksam, wenn sie gegenüber der AIH ausgesprochen wird; sie ist unwirksam, wenn sie nur dem Leiharbeitnehmer mitgeteilt wird.

9. Schlußbestimmungen

1. Diese AGB sind Bestandteil eines jeden Überlassungsvertrags.

2. Nebenabreden bedürfen der Schriftform.

3. Sollte eine Bestimmung dieser Bedingungen nichtig sein, oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hierdurch nicht berührt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist 74653 Künzelsau. Stand März 2010.